

# Aalener Jahrbuch 1986

Herausgegeben vom Geschichts-  
und Altertumsverein Aalen e.V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag  
Stuttgart und Aalen

## Parteien und Wahlen

Die politischen Kräfte in Aalen und Wasseralfingen im Spiegel der Wahlergebnisse

*Karlheinz Bauer*

Über die Gestaltung der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung bestanden zu allen Zeiten unterschiedliche Meinungen. Ausgangspunkte der grundlegenden politischen Diskussion waren stets die Konfliktkonstellationen zwischen weltlicher und religiöser Gewalt (Staat und Kirche), privilegierten und unterprivilegierten Schichten, ethnisch und sprachlich verschiedenartigen Bevölkerungsgruppen, Monarchie und Republik, Zentrum und regionaler Peripherie. Gemeinsame soziale Interessen und politische Vorstellungen drängten schon immer zu organisierten Zusammenschlüssen und führten damit zur Bildung von Parteien. Solche formulieren ihre Ideen in besonderen Programmen, werben dafür, vor allem vor Wahlen, um die Gunst der Bevölkerung und suchen sich im Pluralismus der Meinungen durchzusetzen. Ziel jeder politischen Partei ist die Übernahme, Behauptung bzw. Kontrolle der staatlichen Herrschaft.

Politische Parteien im weiteren Sinne gibt es seit der Antike. Jedoch entwickelte sich das moderne Parteienwesen erst mit dem Parlamentarismus; es bildete gleichsam eine Folge im Prozeß der Ablösung der monarchischen Souveränität des absolutistischen Staates durch die Volkssouveränität des parlamentarischen Systems. Nach der Bildung der britischen Fraktionen von Tories und Wighs im 18. Jahrhundert entstanden Parteien in den USA und in Europa während des 19. Jahrhunderts im Gefolge der Amerikanischen und Französischen Revolution von 1776 bzw. 1789. Sie waren das Produkt der Emanzipationsbewegung des Bürgertums, die gegen Feudalismus und monarchischen Absolutismus gerichtet war. So sind die Clubs der Französischen Revolution (Girondisten, Jakobiner) als Vorläufer der Parteien zu werten.

Auf Grund unterschiedlicher politischer Zielvorstellungen haben sich im Verlaufe der modernen Parteiengeschichte verschiedene parteipolitische Richtungen herauskristallisiert. Bereits im Vormärz bildeten sich, noch ohne organisatorische Verfestigung, die wichtigsten parteipolitischen Richtungen von Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus aus. Diese Strömungen formierten sich in und nach den europäischen Revolutionen von 1848/49 endgültig als Parteien der Rechten, der Mitte und der Linken. „Rechts“ und „links“ sind bis heute Schlagworte für politische Standorte geblieben. Diesen Bezeichnungen liegt die nach 1814 übliche Sitzordnung (in Blickrichtung des

Präsidenten) der französischen Deputiertenkammer zugrunde. Rechts saßen stets die antirevolutionären „Ordnungsparteien“, die im wesentlichen die Bewahrung des politisch-gesellschaftlichen Systems, allenfalls dessen evolutionäre Veränderung erstreben oder tolerieren (Konservative). Die Plätze zwischen der Rechten und der Linken kommen den politischen Kräften zu, die eine mittlere politische Linie verfechten („Zentrum“). Die Linke umfaßt die Parteien, die auf eine (weitreichende) Änderung der politisch-sozialen Verhältnisse hinwirken. Dazu zählten ursprünglich die Liberalen, Demokraten und Sozialisten.

Der Standort politisch-sozialer Bewegungen innerhalb des Spektrums zwischen „rechts“ und „links“ ist keineswegs eindeutig. Insbesondere ist auch der Begriff der „radikalen“ Partei dem historischen Wandel unterworfen. Im konsequenten Kampf gegen Absolutismus und Aristokratie mußte das demokratisch gesinnte Bürgertum radikal erscheinen. In dieser Tradition bildeten die Demokraten des 19. Jahrhunderts zunächst den linken Flügel des Parteiensystems. Auf der Linken wurden die bürgerlichen Demokraten später zur Mitte abgedrängt, vor allem durch die marxistisch orientierte Arbeiterbewegung, die nun als radikal galt. Die verfassungsmäßige Verankerung der Demokratie mit Reformen in Staat und Gesellschaft baute schließlich auch die radikalen Positionen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ab; der Kommunismus entstand als neue linksradikale Bewegung. Auf der Rechten entwickelte sich schon im 19. Jahrhundert eine radikale Strömung, die mit antidemokratischer Zielsetzung gegen die Prinzipien der Aufklärung und der Französischen Revolution gerichtet war. In dieser Traditionslinie steht der Faschismus als extremster Ausdruck rechtsradikaler Stoßkraft.

## *A. Das Spektrum der Parteien*

Im folgenden sollen nun die wichtigsten Parteien skizziert werden, die auch im Raum Aalen zu unterschiedlichen Zeiten im politischen Kampf standen bzw. noch stehen:

### *I. Faschistische Parteien*

Unter Faschismus sind extrem nationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte antiliberale und antimarxistische Bewegungen zu verstehen.

### *Völkisch-sozialer Block*

Die deutschvölkische Bewegung, geistig im ausgehenden 19. Jahrhundert vorbereitet, war durch ethnische Exklusivität, aggressiven Nationalismus und Antisemitismus sowie imperialistische Zielsetzungen gekennzeichnet. Ihre Anhänger stammten zumeist aus dem Mittelstand (Handwerker, Kaufleute, Bauern, Angestellte, Beamte), die von den sozialen und politischen Veränderungen des Ersten Weltkrieges stark beeindruckt waren. Sie fühlten sich langfristig sowohl durch das Anwachsen der Arbeiterbewegung wie durch die fortschreitende Industrialisierung in ihrer materiellen Existenz und in ihrem Statusbewußtsein bedroht. An sich von geringer politischer Bedeutung, gehörte diese Gruppierung doch zu den Wegbereitern des Nationalsozialismus.

### *Deutsche Arbeiterpartei (DAP)*

Diese Partei wurde 1919 von Anton Drexler und Karl Harrer in München gegründet. Sie verband völkisch-nationalistisches und bürgerlich-antisemitisches Gedankengut mit dem Bemühen um die „Versöhnung von Arbeiterschaft und Vaterland“. Nach dem Eintritt Adolf Hitlers wurde die Partei 1920 in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umbenannt.

### *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)*

Die Partei ist 1920 aus der Deutschen Arbeiterpartei herausgewachsen; ihr Programm wurde maßgeblich durch Adolf Hitler geformt. Die nationalsozialistische Ideologie war bestimmt durch Antiliberalismus, Antimarxismus, Militarismus, Imperialismus und übersteigerten Nationalismus. Mit Volksgemeinschaftsparolen versuchte man, die Klassengegensätze zu überwinden und die sozialen Spannungen – unter Verfolgung politischer, religiöser und rassischer Minderheiten – auf Randgruppen abzulenken. Mit radikalem Erneuerungswillen wurde ein hierarchisch aufgebautes, straff organisiertes und vom „Führer“ geleitetes Einparteiensystem proklamiert. In seinem Kampfstil verbanden sich Propaganda und Terror, ausgeübt durch paramilitärische Verbände und Geheimpolizei. Die NSDAP bildete seit der Machtergreifung Hitlers und dem Verbot aller anderen Parteien (1933) die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges (1945) einzige legale politische Partei des „Dritten Reiches“.



### *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*

Bereits 1946 entstand die rechtsradikale Deutsche Reichspartei (DRP). Ihr extremistischer Flügel konstituierte sich 1949 zur Sozialistischen Reichspartei (SRP), wurde jedoch 1952 als verfassungswidrig verboten. 1964 ging die DRP in der neugegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands auf. Sie entwickelte sich unter A. von Thadden in wenigen Jahren zum wichtigsten Sammelbecken rechtsextremer, NS-belasteter bzw. neofaschistischer Kräfte.

## *II. Konservative Parteien*

Die Grundhaltung konservativer Gruppen beruht auf dem Bedürfnis nach Kontinuität und Sicherheit. Ihr Programm ist daher auf Erhaltung des bestehenden politischen Zustandes mit seinen geltenden Normen- und Werthierarchien gerichtet.

### *Konservative Gruppierungen*

Bereits 1848 kam es in der Deutschen Nationalversammlung zu konservativen Fraktionsbildungen, für die neben den wirtschaftlichen Interessen des Großgrundbesitzes auch religiöse Überzeugungen (protestantischer Provenienz) maßgeblich wurden. Stark preußisch eingestellt, traten sie für die Heeres- und Kolonialpolitik der Regierung ein. Die Reichsgründung Bismarcks führte zur Spaltung der Konservativen: 1866 löste sich die Freikonservative Partei (später Deutsche Reichspartei) ab, 1876 bildete sich die Deutschkonservative Partei.

### *Deutschkonservative Partei (DKP)*

Die Altkonservativen standen der Reichsgründung zunächst reserviert gegenüber. Mit der Annäherung an Bismarck und auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechtes schufen sie sich 1876 mit der Gründung der Deutschkonservativen Partei eine beherrschende Stellung. Die ausschließlich von Adeligen geführte Partei verstand sich als agrarisch-christlich, monarchistisch und antiliberal orientierte Standesvertretung des preußischen Großgrundbesitzes mit Anlehnung an die Schwerindustrie. Nach der Revolution von 1918 waren führende Mitglieder der DKP an der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei beteiligt.

### *Freikonservative Partei (seit 1871 Deutsche Reichspartei)*

Die Freikonservative Partei spaltete sich 1866 von der alten Konservativen Partei ab; sie stützte sich zur Hauptsache auf den Hochadel, industrielle Führungsgruppen und die hohe Beamtenschaft. Sie nannte sich seit 1871 „Deutsche Reichspartei“, war die eigentliche Regierungspartei und unterstützte Bismarck im Kulturkampf wie beim Sozialistengesetz. 1918 traten die meisten Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei bei.

### *Deutschnationale Volkspartei (DNVP)*

Diese nationalkonservative Partei wurde nach dem Sturz der Monarchie 1918 zum Sammelbecken verschiedener Rechtsgruppierungen (Deutschkonservative, Freikonservative, Christlichsoziale und Deutschvölkische Partei). Im Rahmen der republikanischen Staatsform wirkte die DNVP als Stoßtrupp gegen Demokratie und Sozialismus. Ihr Programm war autoritär-monarchistisch, christlich-national, industriell und großagrarisches; ihr geistiges Klima war restaurativ, protestantisch und antisemitisch. Den Haupteinfluß übten Schwerindustrie und Großgrundbesitz aus. Die Anhängerschaft bestand vor allem aus Bauern, Beamten, ehemaligen Militärs, freien Berufen. Unter Alfred Hugenberg radikalisierte sich die Partei nach 1928 und agierte zuletzt im Fahrwasser der NSDAP.

### *Deutsche Partei (DP)*

Nach 1945 bekannte sich die Deutsche Partei programmatisch zu konservativen Ideen und Zielsetzungen, ohne allerdings eine breitere Basis zu gewinnen. Sie blieb in ihrer Wählerschaft auf den ländlichen und städtischen Mittelstand der norddeutschen Länder beschränkt (führende Politiker waren die Minister Seebohm, Hellwege, von Merkatz). Der Zusammenschluß dieser nationalkonservativen Partei mit dem Gesamtdeutschen Block/BHE zur Gesamtdeutschen Partei 1961 zerfiel rasch.

### *Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)*

Diese 1950 in Schleswig-Holstein von W. Kraft als Interessenvertretung der Vertriebenen und Kriegsgeschädigten gegründete Partei konstituierte sich 1951 auch auf Bundesebene. 1952 nahm die Partei den Namen Gesamtdeutscher Block (GB) an, um ihre gesamtdeutsche Programmatik zu betonen. Da die praktisch-politische Zielsetzung dieser Partei vorrangig auf die Sonderinteressen der Vertriebenen und Kriegsge-

schädigten ausgerichtet war, nahm mit der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung dieser Zielgruppen, zu der die Partei selbst maßgebend beigetragen hat (Minister Kraft und Oberländer), ihr Wählerreservoir ab. Die Fusion mit der Deutschen Partei führte 1961 zur Gesamtdeutschen Partei.

#### *Gesamtdeutsche Partei (GDP)*

Diese Partei ging 1961 aus dem Zusammenschluß von Gesamtdeutschem Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) und Deutscher Partei (DP) hervor. Durch die fortgeschrittene Integration der Kriegsoffer gelang es der Partei nicht, neue Wählerschichten zu erschließen.

#### *Christlich-Demokratische Union (CDU)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand 1945 die CDU als eine Sammelbewegung mit dem Anspruch, als „Volkspartei Männer und Frauen aller Schichten“ zu vereinen. Im wesentlichen trat die Partei das Erbe des Konservatismus an. Ihr Programm wurde durch Konrad Adenauer und Ludwig Erhard maßgeblich bestimmt. Der die Konfessionen überbrückende Unionsgedanke verbindet sich außenpolitisch mit betonter Westorientierung und wirtschaftspolitisch mit dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zur Rolle des Mittelstandes und zum Privateigentum. In Bayern entwickelte sich eigenständig die Christlich-Soziale Union (CSU), die sich von den politischen Grundlinien der CDU in Einzelbereichen als deutlich konservativer abhebt.

### III. *Konfessionelle Parteien*

Konfessionelle Parteien verstehen sich als christlich-kirchliche Interessenvertretungen gegenüber dem Anspruch des modernen Staates, wobei die Schwerpunkte der Auseinandersetzungen im Verhältnis Staat–Kirche und in der Schulfrage liegen. Daneben spielt die Abgrenzung gegen Liberalismus und Sozialismus eine wichtige Rolle.

#### *Katholische Gruppierungen*

Die Ursprünge für konfessionelle Sammlungsbewegungen liegen in defensiven Reaktionen des Kirchenvolkes und der Amtskirchen auf die Säkularisierung, Liberalisie-

rung und Demokratisierung von Staat und Gesellschaft seit der Französischen Revolution. Vor allem im katholischen Raum kam es nach Vorformen seit 1848 im Zeichen der kleindeutschen Reichsgründung und in der Auseinandersetzung mit liberaler Kirchen-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Gründung parteilicher Organisationen.

### *Zentrum*

Im Zeichen der Gründung des vom protestantischen Preußen beherrschten Deutschen Reiches bildete sich 1870 das Zentrum. Als eine rein katholische Partei wandte es sich gegen jede Einmischung des Staates in die inneren Angelegenheiten der Kirche. Besonders während des Kulturkampfes, der die innere und äußere Stärke dieser Partei festigte, nahm der konfessionelle Gegensatz zu. Das Zentrum hatte seine stärkste Stütze in Bayern und betonte nachdrücklich die staatliche Selbständigkeit der Länder (Föderalismus). Bis 1933 repräsentierte diese Partei die kirchlich-kulturellen, wirtschaftlich-sozialen und politischen Interessen des deutschen Katholizismus. 1945 setzten sich u. a. Zentrumspolitiker für die Gründung der CDU ein.

### *Christlich-soziale Partei*

Als erste Parteibildung des deutschen Protestantismus entstand 1878 die Christlich-soziale Partei des Berliner Hofpredigers Adolf Stoecker. Sie war christlich-konservativ und monarchistisch-nationalistisch ausgerichtet, dazu antiliberal und antisemitisch gestimmt. Als Gegenbewegung zur Sozialdemokratie gedacht – die Arbeiter sollten für Kirche und Monarchie gewonnen werden – fand die Partei wenig Widerhall in der Arbeiterschaft. 1918 ging sie in der Deutschnationalen Volkspartei auf.

### *Christlich-sozialer Volksdienst (CSVD)*

Aus Sorge über die zunehmende rechtsradikale Tendenz innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei schlossen sich pietistische und freikirchlich-evangelische Kreise 1929 politisch zusammen. Ihr Programm war durch eine konservative Haltung bestimmt. Seit 1932 wanderte der Großteil ihrer Wähler zur NSDAP ab.

#### IV. *Liberale Parteien*

Der Liberalismus stellt das Individuum und sein Recht auf Freiheit in den Vordergrund. Liberalem Denken entspricht die Frontstellung gegen alle Formen des absoluten Staates und die Forderung des freien Bürgers nach einem freien Spiel der Kräfte.

##### *Liberale Gruppierungen*

Das aufstrebende Bürgertum stand im frühen 19. Jahrhundert in der Opposition gegen die Wiederherstellung vorrevolutionärer Gesellschafts- und Machtverhältnisse einerseits und eine Erschütterung der bürgerlichen Eigentumsordnung durch frühsozialistische Kräfte andererseits. Demgegenüber verteidigte der Liberalismus bürgerliche Freiheiten und Machtteilhabe. Während der Revolution von 1848/49 gab es unterschiedliche liberale Gruppierungen: gemäßigte Liberale, die an das Besitz- und Bildungsbürgertum appellierten, und Demokraten, die sich als Sprecher des Kleinbürgertums fühlten. Auch über die Staatsform – Monarchie oder Republik – hatten die einzelnen Gruppen verschiedene Vorstellungen.

##### *Deutsche Fortschrittspartei (DFP)*

Eine Allianz zwischen gemäßigten Liberalen und Demokraten führte 1861 zur Gründung der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen; sie war kleindeutsch orientiert, ging also von der Einigung Deutschlands durch Preußen aus. In ihrer Führung dominierten Gutsbesitzer und Bildungsbürgertum. 1866 spaltete sich der rechte Flügel ab und wurde zum Kern der Nationalliberalen Partei. Der Restbestand formierte sich 1884 in der Deutschen Freisinnigen Partei, die als einzige der bürgerlichen Parteien in Opposition zum System Bismarck blieb.

##### *Nationalliberale Partei*

Die Nationalliberale Partei, in Württemberg Deutsche Partei genannt (unter Führung von Julius Hölder) entstand 1866. Sie war gemäßigt liberal (rechtsliberal) und hatte ihre Anhängerschaft nicht nur in Industrie und Großhandel, sondern auch in weiten Kreisen der Gebildeten (protestantisches Bildungsbürgertum). Nach der Reichsgründung war sie, auch in Württemberg, eine Zeitlang die stärkste Partei. Sie half Bismarck, das Reich zu vereinheitlichen und eine kraftvolle Außenpolitik zu verwirklichen. 1918 aufgelöst, setzte sich ihre Tradition in Stresemanns Deutscher Volkspartei fort.

### *Deutsche Volkspartei (DVP)*

1918 entstand nach dem Scheitern einer gesamtliberalen Parteibildung auf Initiative von Gustav Stresemann als Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei die rechtsliberale Deutsche Volkspartei. Sie wurde vor allem durch Industrie, Banken und Großlandwirte gestützt. Anfangs zeigte die Partei zur Weimarer Republik kein eindeutiges Verhältnis, vertrat die nationale Machtstaatsidee und kämpfte gegen den Einfluß des Sozialismus. Nachdem die Partei nach 1929 einen großen Teil ihrer Wähler und auch die Unterstützung der Großindustrie verloren hatte, mußte sie sich 1933 auflösen.

### *Deutsche Volkspartei (DtVP)*

1868 aus der im deutschen Südwesten bestehenden Demokratischen Volkspartei hervorgegangen, verfolgte dieser politische Zusammenschluß, der hauptsächlich auf Süddeutschland beschränkt blieb, eine betont demokratische, antipreußische und föderalistische Zielsetzung (linksliberal). Anfangs überwog als Wählerschicht das kleinbürgerliche Element, doch gewannen die Interessen von Handel, Banken und Industrie wachsend an Einfluß. 1910 formierte sich die Partei zur Fortschrittlichen Volkspartei.

### *Fortschrittliche Volkspartei (FV)*

Diese Partei entstand 1910 durch Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei (DtVP) mit freisinnigen Gruppierungen. Sie bildete eine Basis für Banken, Industrie, Gewerbe und Bildungsbürgertum. Einflußreiche Politiker waren Payer, Naumann und Haußmann. 1918 vereinigte sich die Partei mit dem linken Flügel der Nationalliberalen Partei zur Deutschen Demokratischen Partei.

### *Deutsche Demokratische Partei (DDP)*

Gemeinsam von Politikern der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei wurde diese Partei 1918 als liberale Sammelpartei gegründet. Sie verfehlte jedoch ihr Ziel einer Vereinigung der Liberalen. Das von Friedrich Naumann beeinflusste Programm (linksliberal) bekannte sich zur Weimarer Republik. Die Partei stützte sich auf das mittelständische städtische Bürgertum, auf Intellektuelle und Banken, besaß auch einen relativ hohen Prozentsatz jüdischer Wähler. 1933 löste sich die Partei selbst auf.

### *Deutscher Bauernbund (DB)*

Die 1885 gegründete wirtschaftspolitische Organisation zur Vertretung bäuerlicher Interessen ging 1893 im Bund der Landwirte auf. Während dieser vorwiegend die Interessen der Großgrundbesitzer vertrat, sah sich der 1909 neugegründete DB als Sachwalter des Kleinbauerntums und des Mittelstandes. Die Partei stand zunächst den Nationalliberalen, später der DDP bzw. DVP nahe, bis sie 1927 zerfiel.

### *Freie Demokratische Partei (FDP)*

In Württemberg wurde 1945, vor allem von ehemaligen Mitgliedern der DDP (Reinhold Maier und Theodor Heuss) die Demokratische Volkspartei (DVP) gegründet. 1948 entstand sodann bundesweit aus dem Zusammenschluß nationalliberaler und linksliberaler Gruppen die Freie Demokratische Partei. Sie ist bemüht, die traditionelle Vielfalt des politischen Liberalismus in einer einheitlichen Parteiorganisation zu integrieren. Nach anfänglicher Unterstützung hat sich die Partei nach 1960 außen- und gesellschaftspolitisch von der Ära Adenauer gelöst, was parteiintern zu erheblichen Richtungskämpfen führte.

## *V. Sozialistische Parteien*

Die sozialistischen Parteien berufen sich in ihrer Zielsetzung auf die Ideen des Sozialismus, um nach den Grundsätzen dieser Lehre die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Ziel sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit zu verändern. Über den Grad der Veränderung bestehen unter den einzelnen politischen Richtungen unterschiedliche Vorstellungen.

### *Arbeitervereine*

Die frühen Bemühungen der Arbeiterbewegung hatten das Ziel, die bestehenden ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse der abhängigen Lohnarbeiter zu verbessern. Die ursprünglichen Ziele dieser Emanzipationsbewegung verbanden sich vielfach mit sozialistischen und kommunistischen Vorstellungen, die auf eine radikale Umwandlung des ökonomischen und politischen Systems gerichtet waren. Nach kurzem Aufschwung 1848 wurden solche Gruppierungen verboten und konnten erst nach 1860 wieder neu gebildet werden.

### *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)*

Ferdinand Lassalle gründete 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dessen sozialistisches, national gefärbtes Programm auf friedlichem Wege und mit Hilfe des bestehenden Staates verwirklicht werden sollte. Im Gegensatz dazu gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP); ihr Programm war von Karl Marx geprägt und stand auf dem Boden des internationalen Sozialismus und des Klassenkampfgedankens. 1875 ging aus der Vereinigung beider Parteien die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) hervor. Ihre Ziele waren Sozialismus und freier Volksstaat. Während der durch das Sozialistengesetz aufgezwungenen Illegalität setzte sich in ihr der Marxismus durch. 1890 wurde sie in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannt. Sie mäßigte unter dem Einfluß nüchterner, wirklichkeitsnaher Gewerkschaftskreise ihr Umstürzertum und entschied sich mehrheitlich für die parlamentarische Demokratie. Bis zu ihrem Verbot 1933 stand die SPD in stärkster Opposition zum Nationalsozialismus. Nach 1945 formierte sich die Partei unter Kurt Schumacher neu. Im Godesberger Programm 1959 vollzog sie mit der Absage an den theoretischen Sozialismus den Schritt zur linken Volkspartei.

### *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)*

Diese Partei entstand 1917, als die Gegner der Zustimmung zu den Kriegskrediten aus der SPD ausgeschlossen wurden. Sie konstituierten sich als eigene Partei, doch kam es 1920 zur Spaltung. Ihre linke Mehrheit schloß sich der Kommunistischen Partei an, während sich die verbliebene Minderheit wieder mit der SPD vereinigte.

### *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*

Aus dem radikalen Flügel der SPD bzw. durch Zusammenschluß von Spartakusbund und Linksradiكالen entstand 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands. Die programmatische Stoßkraft prägten anfangs Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, nach deren Ermordung unter starker Anlehnung an die Sowjetunion Ernst Thälmann. Ihr Ziel war, auf revolutionärem Weg die Diktatur des Proletariates zu erreichen. 1933 als Partei zerschlagen, kam es 1945 zur Neugründung. Als gegen die demokratische Grundordnung gerichtet, wurde die KPD 1956 verboten. Zunächst durch Ersatzorganisationen, wie Deutsche Friedensunion (DFU) und Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) vertreten, wurde 1968 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ins Leben gerufen. Sie will sich von der früheren KPD durch die Anerkennung der Verfas-



sungsordnung des Grundgesetzes unterscheiden, tritt für die Verständigung mit dem Osten ein und fordert die Abrüstung.

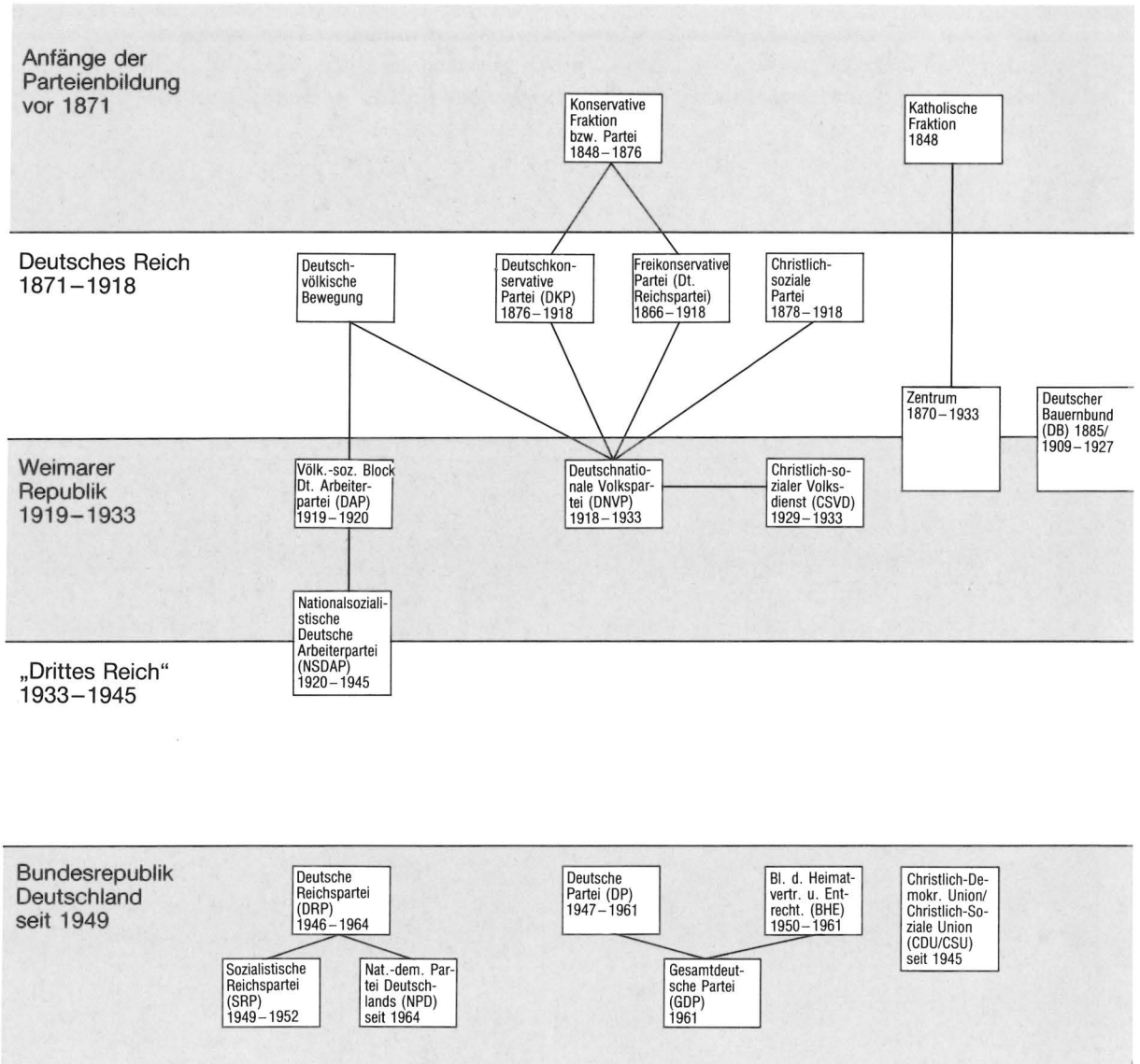
## VI. *Alternative Parteien*

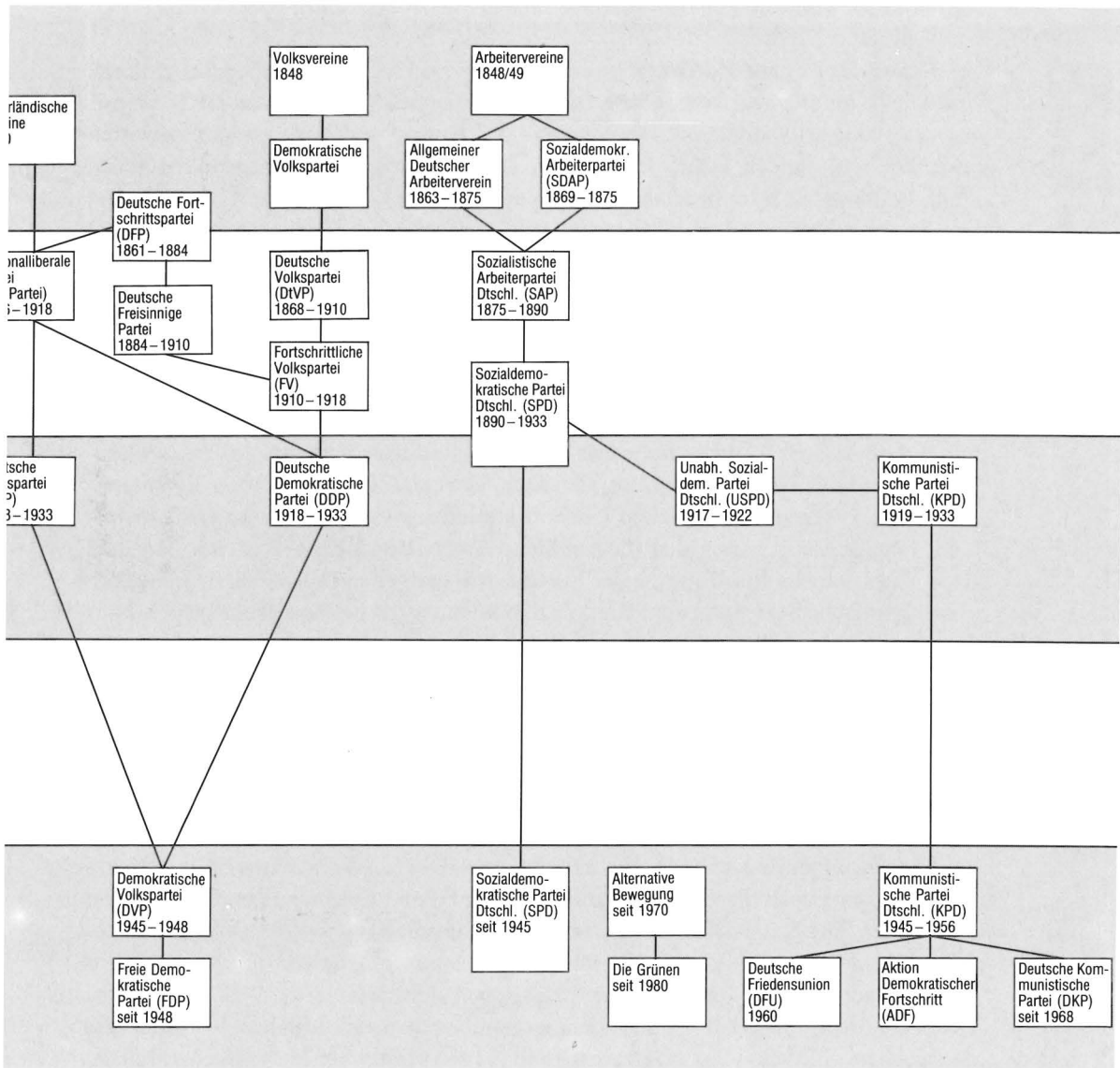
Die nach 1970 entstandene alternative Bewegung steht der modernen Industriegesellschaft und ihren Organisationsformen skeptisch bis ablehnend gegenüber und sucht eigene Formen in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Richtung zu entwickeln.

### *Die Grünen*

Aus verschiedenen Gruppierungen und Initiativen der Alternativen, Umweltschutz-, Frauen- und Friedensbewegung bildete sich 1980 die Partei der Grünen. Sie bekennt sich zu den Grundwerten „ökologisch-sozial-basisdemokratisch-gewaltfrei“. Außenpolitisch pazifistisch orientiert, betont sie das menschliche Verhältnis zur Umwelt und lehnt die Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum, vor allem auf dem Energiesektor, ab.

## B. Übersicht über die Entwicklung der wichtigsten Parteien





### C. Aspekte der heimischen Parteienlandschaft

Ausschlaggebend für das Entstehen früher Parteienblöcke im Raum Aalen waren die Traditionen jahrhundertalter Machtstrukturen des alten Reiches, vorgegeben durch das Verhältnis des Einzelnen zu gefestigten Grundherrschaften und durch konfessionelle Bindungen. Stark waren die Autoritäten weltlicher und geistlicher Territorialgewalten im Bewußtsein der Bevölkerung verwurzelt, übermächtig wirkte der Einfluß von Adel und Kirche.

Die Kräfte der Restauration prägten das Klima der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Trotz des Unmutes gegen die Stadtmagistrate, die sich seit Generationen nur aus wenigen „ratsfähigen“ Familien zusammengefunden hatten, und trotz harter Fronlasten und Abgaben, die den Druck feudaler Herrschaft spüren ließen, empfanden Stadt- und Landbewohner gleichermaßen die Monarchie als eine „angemessene“ Staatsform<sup>2</sup>. Der demokratische Gedanke keimte im württembergischen Osten nur zögernd; die Republik erschien den meisten gar als Anarchie. Daß sich im März 1848 auch in den bürgerlichen Kreisen Aalens „ein Häuflein Republikaner röteter Farbe“ gebildet hatte<sup>3</sup>, will wenig besagen. In Wirklichkeit beteuerte der Kandidat für die Frankfurter Nationalversammlung, Obersteuerrat Moritz Mohl, er sei kein Republikaner<sup>4</sup>. Mohl, der von der Bevölkerung hoch gewählt wurde, war liberal und großdeutsch, föderalistisch und antipreußisch gesinnt. Eben diese Einstellung entsprach der lokalen Stimmung. Die Aalener Stadtbürger, wenn auch protestantisch, waren es aus ihrer reichsstädtischen Überlieferung gewöhnt, sich nach Wien zu orientieren. Auch die Bewohner des überwiegend katholischen Umlandes fühlten sich im großdeutschen Denken recht heimisch und waren den Monarchien Österreichs und Bayerns sehr zugetan. Zum Vergleich: In Geislingen, einer protestantischen, ehemaligen Ulmer Landstadt ohne historische Beziehung zum Kaiserhof in Wien, neigte die Bevölkerung mehrheitlich zur kleindeutschen Lösung unter Preußens Führung<sup>5</sup>.

Diese einmal eingeschlagene politische Grundhaltung hielt lange vor. Mit eindrucksvollen Mehrheiten votierte die Bürgerschaft Aalens für die Deutsche Volkspartei. Diese dem schwäbischen Denken entsprechende, der Bismarckschen Reichsgründung distanziert gegenüberstehende, linksliberale politische Richtung fand auf dem reichsstädtisch geprägten Boden Aalens reichlich Nahrung. Dies zeigte sich deutlich bei der Wahl zum Zollparlament (1868) sowie bei den Reichstags- und Landtagswahlen während des ersten Jahrzehnts nach der Errichtung des Deutschen Reiches (1871). Nur allmählich konnte sich die Aalener Wählerschaft mit dem „Eisernen Kanzler“ in Berlin anfreunden. Die Nationalliberale Partei, die sich für seine kraftvolle Reichspolitik einsetzte, vermochte in Aalen nur sehr schwer Fuß zu fassen, während sie sonst in Württemberg, gerade im protestantischen Lager, stark dominierte.

Die wenig tolerante Haltung Preußens gegenüber dem katholischen Volksteil und dessen Klerus bildete einen wichtigen Grund für den politischen Zusammenschluß des

Zentrums als einer konfessionellen Partei. Es war nur folgerichtig, daß sich auch die Katholiken im Raum Aalen alsbald „ihrer“ neuen Partei anschlossen. Die Solidarität der katholischen Wähler und ihre zahlenmäßige Stärke im Wahlkreis garantierten dem Zentrum nicht nur ein erhebliches Stimmenpotential, sondern den Wahlsieg in fast allen Abstimmungen während des Kaiserreiches. Das katholische Umland majorisierte stets die zumeist liberalen Aalener Stadtbürger.

Gegen solche Übermacht hatten andere Parteien nur geringe Chancen. Dies galt in erster Linie für die Sozialdemokratische Partei. Bahnbau und Industrialisierung hatten vorwiegend in Aalen und Wasseralfingen viele neue Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der Einwohner mächtig gesteigert. Trotzdem hatte es die Sozialdemokratie sehr schwer, die Masse der unselbständig Tätigen für ihr Programm zu gewinnen. Bei der Landtagswahl 1876 fielen in Aalen und Wasseralfingen die ersten sozialistischen Stimmen in die Urnen. Doch erst nach 1890 gewann diese Partei deutlichere Stimmenanteile. Die Ressentiments des Bürgertums und der Kirche gegen den Sozialismus erschienen unüberbrückbar. Auch bildete sich bei den Lohnabhängigen kein Klassenbewußtsein. Die Bediensteten bei Bahn und Post sahen sich als Beamte, und die schwäbische Arbeiterschaft fühlte sich nicht als Proletariat, sie dachte nicht revolutionär. Politisch hielten sich die Arbeiter zunächst an die Deutsche Volkspartei, später stand für viele auch das Zentrum offen.

In der Zeit der Weimarer Republik hatten sich die politischen Strömungen gegenüber den Verhältnissen vor dem Ersten Weltkrieg nur geringfügig verschoben. Der katholische Bevölkerungsteil in Stadt und Umland hielt mehrheitlich dem Zentrum die Treue und bildete in allen Wahlen einen Block von bemerkenswert konstanter Größe. Auch das liberale Bürgertum nahm in der Stadt Aalen, wenn auch auf mehrere Parteien zersplittert, eine beachtliche Position ein. Zu einem dritten Schwerpunkt waren im Umfeld der Industriebetriebe Aalens und Wasseralfingens die Sozialisten herangewachsen, deren Kräftepotential sich auf Dauer allerdings in Sozialdemokraten und Kommunisten aufspaltete. Insgesamt gesehen herrschten im Raum Aalen noch bis 1928 äußerst stabile politische Verhältnisse.

Seit 1924 kämpfte der Nationalsozialismus um die Wählerstimmen. Doch fielen seine radikalen Parolen in der ostschwäbischen Landschaft auf wenig fruchtbaren Boden. Die örtlichen Stimmengewinne der NSDAP in Stadt und Land lagen bis zuletzt jeweils weit unter dem Reichsdurchschnitt. Während der liberale Block seit 1930 rasch zusammenschmolz, erwiesen sich die Kräfte des Zentrums und der Linken (SPD und KPD) als Bollwerke gegen die „nationale Bewegung“. Noch bis 1933 blieb die Demokratie in Aalen, besonders aber in Wasseralfingen, von einer starken Mehrheit der Bevölkerung getragen.

Als sich 1945 nach dem Ende der faschistischen Diktatur erneut ein pluralistisches Parteiengefüge konstituierte, lebten weithin die früheren, historisch gewachsenen politischen Konstellationen wieder auf. Dies galt im besonderen für die Demokraten,

Sozialdemokraten und Kommunisten; die Parteien der Mitte und der Linken konnten sich mit ihren Programmen alsbald an ihre früheren Wählerschichten wenden. Die gesellschaftliche Entwicklung der folgenden Jahrzehnte ging indessen an den alten Parteien nicht spurlos vorüber. Die Liberalen büßten als politische Kraft viel von ihrer einstigen historischen Bedeutung ein. Die Kommunisten schmolzen, vollends nach dem Verbot ihrer Partei 1956, zu einer Splittergruppe zusammen, während die SPD mit ihrer Wandlung zur Volkspartei neue Wählerkreise des politischen „Mitte-Links“-Spektrums sammeln konnte. Freilich ging dem Einbruch in das bürgerliche Lager das Entstehen neuer oppositioneller Kräfte, wie der Grünen, links von der SPD parallel.

Eine völlige Neuorientierung innerhalb des politischen Raumes bedeutete nach dem Zweiten Weltkrieg die Gründung der CDU als einer interkonfessionellen Volkspartei. Sie wollte bewußt nicht an das frühere Zentrum anknüpfen, sondern auf einer möglichst breiten Basis vielfältige Strömungen und Interessengruppen vereinen. In Württemberg wurde die CDU von Kräften aus dem ehemaligen Zentrum, dem Christlich-sozialen Volksdienst sowie dem Bauern- und Weingärtnerbund gegründet. Daß sich auf der Ebene des Unionsgedankens noch liberale, konservative und nationale Potentiale, ja selbst Anteile der sich verbürgerlichenden Linken fanden, verlieh der Partei als einer „Mitte-Rechts“-Sammelbewegung ihre große Durchschlagskraft. Im Raum Aalen bildet die CDU seit ihrer Gründung zahlenmäßig die größte politische Kraft.

## D. Zusammenstellung der Wahlergebnisse

### I. Ergebnisse der Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung (1848)<sup>6</sup> und zum Zollparlament (1868)<sup>7</sup>

Wahltag	Wahlberechtigte	Gültige Stimmen	Liberales (großdeutsch)		Deutsch-katholiken	
			Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen
26./27. 4. 1848	*)	*)	<b>Mohl</b>	*)	Bangold	*)

Wahltag	Wahlberechtigte	Gültige Stimmen	Konservative Partei		Deutsche (National-liberale) Partei		Deutsche Volkspartei		Sonstige Stimmen
			Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	
24. 3. 1868	20387 ○ · ·	9828 ○ · ·	Graf v. Rech-berg	2292 ○ 11 △ 19 +	Lang	738 ○ 46 △ 7 +	<b>Mohl</b>	6680 ○ 480 △ 324 +	118 ○

\*) In den Aalener Tageszeitungen sind keine Zahlen veröffentlicht

○ = Ergebnisse der Oberamtsbezirke Aalen, Ellwangen, Gaildorf und Neresheim

△ = Ergebnisse der Stadt Aalen

+ = Ergebnisse der Gemeinde Wasseralfingen

## II. Ergebnisse der Reichstagswahlen 1871–1918\*

Wahltag	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	Deutsche Reichspartei (Freikonservative Partei)		Bauernbund	
			Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen
3. 3. 1871	19888 ○ . . .	11965 ○ 3126 □ 662 △ 379 +	–	–	–	–
20. 9. 1871 (Ersatzwahl)	20088 ○ 5419 □ . .	5123 ○ 1695 □ 400 △ 235 +	–	–	–	–
10. 1. 1874	. . . .	17213 ○ 4170 □ 772 △ 480 +	–	–	–	–
10. 1. 1877	22213 ○ 6188 □ . .	18143 ○ 5074 □ 1155 △ 602 +	–	–	–	–
30. 7. 1878	22900 ○ 6295 □ 1417 △ 803 +	17220 ○ 4485 □ 988 △ 636 +	–	–	–	–
27. 10. 1881	22035 ○ 5987 □ 1434 △ 586 +	10032 ○ 2094 □ 91 △ 146 +	–	–	–	–
28. 10. 1884	21702 ○ 6113 □ 1454 △ 781 +	12702 ○ . 758 △ .	Bismarck	2754 ○ 1250 □ 550 △ 120 +	–	–
21. 2. 1887	. . . .	15971 ○ 4000 □ 780 △ 533 +	Moltke	5296 ○ 1372 □ 595 △ 134 +	–	–
20. 2. 1890	21742 ○ 6050 □ 1487 △ 794 +	10043 ○ 2874 □ 452 △ 509 +	–	–	–	–
15. 6. 1893	22076 ○ 6274 □ 1660 △ .	15708 ○ 4549 □ 1192 △ .	–	–	–	–
16. 6. 1898	22570 ○ 6589 □ . .	13620 ○ 4404 □ 1124 △ 658 +	–	–	–	–
16. 6. 1903	23080 ○ 7036 □ . .	14831 ○ 5265 □ 1456 △ 762 +	–	–	Schmied	356 ○ 12 □
25. 1. 1907	. 7408 □ 2407 △ 965 +	. 5709 □ 1695 △ 794 +	–	–	–	–
12. 1. 1912	24079 ○ 7829 □ 2623 △ 1030 +	21474 ○ 7230 □ 2409 △ 950 +	–	–	–	–

○ = Ergebnisse des 13. Wahlkreises (Oberämter Aalen, Ellwangen, Gaildorf und Neresheim);



Deutsche (National- liberale) Partei	Zentrum		Deutsche Volkspartei (seit 1910 Fortschritt- liche Volkspartei)		Sozial- demokratische Partei		Sonstige	
	Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Stimmen	
-	-	<b>Streich</b>	6981 ○ 1483 □ 246 △ 16 +	Mohl	4919 ○ 1602 □ 415 △ 363 +	-	-	65 ○ 41 □ 1 △
sich	1879 ○ 669 □ 140 △ 3 +	-	-	<b>Mohl</b>	3216 ○ 1024 □ 260 △ 232 +	-	-	28 ○ 2 □
-	-	<b>Bayr- hammer</b>	9548 ○ 2207 □ 62 △ 290 +	Mohl	7665 ○ 1963 □ 710 △ 190 +	-	-	-
-	-	<b>Leon- hard</b>	9895 ○ 2444 □ 87 △ 232 +	Mohl	8213 ○ 2618 □ 1068 △ 370 +	-	-	35 ○ 12 □
-	-	<b>Leon- hard</b>	9617 ○ 2104 □ 75 △ 162 +	Mohl	7441 ○ 2324 □ 869 △ 463 +	Dulk	. . 34 △ 11 +	162 ○ 57 □ 10 △
-	-	<b>Graf Adel- mann</b>	9815 ○ 2005 □ 55 △ 102 +	-	-	Bebel	. . 30 △ 34 +	217 ○ 89 □ 6 △ 10 +
-	-	<b>Graf Adel- mann</b>	9747 ○ 2252 □ 118 △ 258 +	-	-	Bebel	170 ○ . 87 △ 51 +	31 ○ 3 △
-	-	<b>Graf Adel- mann</b>	10551 ○ 2512 □ 149 △ 349 +	-	-	Bebel	124 ○ 116 □ 36 △ 50 +	-
-	-	<b>Graf Adel- mann</b>	8944 ○ 2029 □ 191 △ 182 +	-	-	Kloß	874 ○ 797 □ 249 △ 301 +	225 ○ 48 □ 12 △ 26 +
-	-	<b>Wengert</b>	8664 ○ 2087 □ 180 △ . .	Ellinger/ Mayer	5583 ○ 1173 □ 476 △ . .	Stamm	1461 ○ 1289 □ 536 △ . .	-
poldt	904 ○ 274 □ 148 △ 55 +	<b>Hof- mann</b>	9513 ○ 2486 □ 223 △ 324 +	Bräuchle	1860 ○ 570 □ 240 △ 31 +	Selmayr	1314 ○ 1068 □ 513 △ 248 +	29 ○ 6 □
eber	1114 ○ 459 □ 265 △ 53 +	<b>Hof- mann</b>	10197 ○ 2802 □ 335 △ 349 +	Payer	704 ○ 267 □ 124 △ 11 +	Rudolph	2432 ○ 1718 □ 730 △ 348 +	28 ○ 7 □ 2 △ 1 +
nburg	2203 ○ 769 □ 362 △ 46 +	<b>Schnei- der</b>	11457 ○ 3059 □ 420 △ 377 +	-	-	Fischer	2228 ○ 1874 □ 909 △ 371 +	7 □ 4 △
yer	6975 ○ 2177 □ 1007 △ 157 +	<b>Bolz</b>	12215 ○ 3459 □ 628 △ 444 +	-	-	Fischer	2271 ○ 1582 □ 772 △ 349 +	13 ○ 12 □ 2 △

□ = Ergebnisse des Oberamts Aalen; △ = Ergebnisse der Stadt Aalen;  
+ = Ergebnisse der Gemeinde Wasseralfingen

### III. Ergebnisse der Reichstagswahlen 1919–1945<sup>8</sup>

Wahltag	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	NSDAP	Völk.-soz. Block (Deutsche Arbeiter- partei)	Württ. Bürgerp. Vaterl.-völk. Rechtsblock Deutschnat. Volkspartei	Bauern- und Wein- gärtner- bund
19. 1. 1919	19216 □ 6685 △ 2498 +	17655 □ 6133 △ 2295 +	–	–	1169 □ 525 △ 53 +	
6. 6. 1920	19771 □ 6833 △	15096 □ 4954 △	–	–	847 □ 558 △	1301 □ 91 △
4. 5. 1924	21084 □ 7368 △ 2799 +	16595 □ 5650 △ 2266 +	–	569 □ 394 △ 39 +	714 □ 449 △ 56 +	1680 □ 95 △ 39 +
7. 12. 1924	21044 □ 7358 △ 2779 +	15887 □ 5708 △ 2087 +	253 □ 178 △ 26 +	–	985 □ 683 △ 66 +	1650 □ 123 △ 50 +
20. 5. 1928	21872 □ 7743 △ 2925 +	15516 □ 5594 △ 2288 +	303 □ 173 △ 26 +	–	570 □ 407 △ 43 +	1447 □ 106 △ 45 +
14. 9. 1930	22331 □ 7835 △ 3006 +	18679 □ 6830 △ 2593 +	2223 □ 1284 △ 111 +	–	380 □ 224 △ 29 +	1252 □ 70 △ 49 +
31. 7. 1932	23033 □ 8036 △ 3105 +	19945 □ 7305 △ 2739 +	3786 □ 1866 △ 255 +	–	453 □ 317 △ 25 +	1032 □ 75 △ 50 +
6. 11. 1932	23470 □ 8251 △ 3189 +	18711 □ 7002 △ 2599 +	3594 □ 1776 △ 244 +	–	664 □ 467 △ 53 +	1025 □ 81 △ 45 +
5. 3. 1933	23524 □ 8326 △ 3168 +	21196 □ 7712 △ 2843 +	6333 □ 2632 △ 432 +	–	675 □ 445 △ 40 +	816 □ 77 △ 37 +
12. 11. 1933	23532 □ 8271 △ 3190 +	21926 □ 7881 △ 2736 +	21926 □ 7881 △ 2736 +	–	–	–
29. 3. 1936	24572 □ 8859 △ 3459 +	24370 □ 8803 △ 3407 +	24063 □ 8660 △ 3335 +	–	–	–
10. 4. 1938	24748 □ 9903 △ 3643 +	24673 □ 9897 △ 3599 +	24137 □ 9699 △ 3496 +	–	–	–

□ = Oberamt Aalen; △ = Stadt Aalen; + = Gemeinde Wasseralfingen

Christlich sozialer Volksdienst	Zentrum	Deutsche Volkspartei	Deutsche Demokrat. Partei	SPD	USPD	KPD	Sonstige
-	7674 □ 1447 △ 1052 +	-	2906 □ 1413 △ 167 +	5689 □ 2677 △ 984 +	110 □ 41 △ 22 +	-	107 □ 30 △ 17 +
-	7263 □ 1428 △	557 □ 378 △	1253 □ 845 △	1988 □ 830 △	1436 □ 591 △	451 □ 233 △	-
-	7481 □ 1509 △ 1123 +	883 □ 662 △ 39 +	710 □ 432 △ 93 +	2152 □ 919 △ 553 +	-	1778 □ 818 △ 238 +	628 □ 372 △ 86 +
-	7368 □ 1677 △ 1129 +	1090 □ 836 △ 39 +	821 □ 538 △ 94 +	2943 □ 1266 △ 607 +	-	707 □ 369 △ 70 +	70 □ 38 △ 6 +
155 □ 80 △ 32 +	6324 □ 1401 △ 967 +	767 □ 536 △ 45 +	713 □ 463 △ 115 +	3975 □ 1679 △ 914 +	-	353 □ 192 △ 20 +	909 □ 557 △ 81 +
60 □ 31 △ 10 +	7883 □ 1817 △ 1117 +	1104 □ 708 △ 168 +		3520 □ 1564 △ 778 +	-	1085 □ 411 △ 230 +	1172 □ 721 △ 101 +
317 □ 218 △ 36 +	8161 □ 2045 △ 1102 +	181 □ 138 △ 8 +	262 □ 177 △ 39 +	3764 □ 1572 △ 770 +	-	1704 □ 751 △ 432 +	285 □ 146 △ 22 +
312 □ 233 △ 29 +	7353 □ 1830 △ 974 +	204 □ 144 △ 20 +	281 □ 197 △ 37 +	2933 □ 1361 △ 599 +	-	2144 □ 796 △ 582 +	201 □ 117 △ 16 +
299 □ 210 △ 27 +	7888 □ 2052 △ 1109 +	146 □ 106 △ 9 +	222 □ 137 △ 38 +	3354 □ 1436 △ 800 +	-	1440 □ 614 △ 350 +	23 □ 3 △ 1 +
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	307 □ 143 △ 72 +
-	-	-	-	-	-	-	536 □ 198 △ 103 +

IV. Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1949<sup>9</sup>

Wahltag	Wahlberechtigte	Gültige Stimmen	Nationaldemokr. Part. Deutschl. NPD		Deutsche Partei DP		Notgem. – Gesamtblock/Bd. d. Heimatvertrieb. u. Entrecht. GB/BHE	
			Bewerb.	Stimmen	Bewerb.	Stimmen	Bewerb.	Stimmen
14. 8. 1949	. 79165 □ 17328 △ 5232 +	100990 ○ 60142 □ 12007 △ 4101 +	–	–	–	–	Nesbeda	20369 ○ 10499 □ 1843 △ 467 +
6. 9. 1953	140705 ○ . . . . . .	120402 ○ 71004 □ 15313 △ 5133 +	–	–	Welker	846 ○ 479 □ 254 △ 46 +	Janota	12326 ○ 5412 □ 994 △ 283 +
15. 9. 1957	149040 ○ . . . . . .	128085 ○ 71854 □ 16383 △ 5212 +	–	–	Merz	1013 ○ 583 □ 229 △ 44 +	Mocker	12211 ○ 5983 □ 1421 △ 316 +
17. 9. 1961	158882 ○ 91962 □ 21440 △ 6584 +	135950 ○ 75935 □ 17400 △ 5675 +	–	–	Gesamtdeutsche Partei GDP (DP/BHE)		Mocker	8865 ○ 3853 □ 926 △ 175 +
19. 9. 1965	176569 ○ 96421 □ 22614 △ 7560 +	150151 ○ 83733 □ 18186 △ 6238 +	Dill	2180 ○ 952 □ 279 △ 31 +	–	–	–	–
28. 9. 1969	177439 ○ 96770 □ 22596 △ 7704 +	152326 ○ 78075 □ 17958 △ 6256 +	Holzhausen	5859 ○ 2625 □ 721 △ 219 +	–	–	–	–
19. 11. 1972	191961 ○ 106626 □ 26136 △ 9779 +	174692 ○ 97218 □ 22470 △ 8533 +	Lehner	1015 ○ 504 □ 117 △ 43 +	–	–	–	–
3. 10. 1976	195465 ○ 109051 □ 43927 △	176250 ○ 90734 □ 36287 △	Lehner	518 ○ 265 □ 102 △	–	–	–	–
5. 10. 1980	198849 ○ 109161 □ 44391 △	173440 ○ 95311 □ 38654 △	–	282 ○ 142 □ 66 △	–	–	–	–
6. 3. 1983	203463 ○ 111922 □ 45290 △	180695 ○ 99704 □ 40114 △	–	464 ○ 237 □ 100 △	–	–	–	–

○ = Wahlkreis Aalen-Schwäbisch Gmünd, ab 1965 Aalen-Heidenheim; □ = Altkreis Aalen;

Christlich Demokratische Union CDU		Fr. Demokr. Partei/ Demokr. Volkspartei FDP/DVP		Sozialdemokrat. Partei Deutschl. SPD		Grüne		Kommunist. Partei Deutschlands KPD		Sonstige
werb.	Stimmen	Bewerb.	Stimmen	Bewerb.	Stimmen	Bewerb.	Stimmen	Bewerb.	Stimmen	Stimmen
<b>ogel</b>	53473 ○ 33736 □ 4587 △ 1914 +	de Vries	8397 ○ 4626 □ 1483 △ 244 +	Günther	15096 ○ 9029 □ 3349 △ 977 +	-	-	Seckler	3655 ○ 2252 □ 745 △ 499 +	-
<b>ogel</b>	73419 ○ 45785 □ 7589 △ 2756 +	<b>Bucher</b>	11446 ○ 5812 □ 1850 △ 356 +	Geiger	19703 ○ 12042 □ 4011 △ 1507 +	-	-	Lauber	1286 ○ 669 □ 247 △ 114 +	1376 ○ 805 □ 368 △ 71 +
<b>ogel</b>	78861 ○ 46043 □ 7923 △ 2626 +	<b>Bucher</b>	11508 ○ 5154 □ 1777 △ 280 +	<b>Geiger</b>	23557 ○ 13576 □ 4831 △ 1881 +	-	-	-	-	935 ○ 515 □ 202 △ 65 +
<b>ogel</b>	73812 ○ 44203 □ 7362 △ 2575 +	<b>Bucher</b>	15489 ○ 7278 □ 2325 △ 448 +	Hasen- öhl	35417 ○ 19446 □ 6392 △ 2299 +	-	-	Deutsche Frie- densunion DFU Hart- mann	1650 ○ 796 □ 269 △ 121 +	717 ○ 359 □ 126 △ 57 +
<b>elein</b>	84206 ○ 50782 □ 8393 △ 2925 +	Mäurer	15598 ○ 8458 □ 2474 △ 534 +	Hasen- öhl	45206 ○ 22930 □ 6854 △ 2650 +	-	-	Engel	2680 ○ 451 □ 131 △ 66 +	281 ○ 160 □ 55 △ 32 +
<b>elein</b>	83843 ○ 47040 □ 8432 △ 2934 +	Mäurer	8919 ○ 4119 □ 1354 △ 298 +	Kircher	52818 ○ 23945 □ 7321 △ 2777 +	-	-	Aktion demokr. Fortschritt ADF Maier	596 ○ 221 □ 83 △ 20 +	291 ○ 125 □ 47 △ 8 +
<b>elein</b>	90585 ○ 56106 □ 10711 △ 3855 +	Mäurer	14157 ○ 6573 □ 2094 △ 513 +	Haensch- ke	68466 ○ 33827 □ 9490 △ 4107 +	-	-	Deut. Kommun. Partei DKP Gnann	345 ○ 140 □ 33 △ 13 +	124 ○ 68 □ 25 △ 2 +
<b>elein</b>	97894 ○ 54957 □ 18469 △	Vollmer	12115 ○ 5399 □ 2585 △	Burow	64968 ○ 29862 □ 15021 △	-	-	Bernhard	396 ○ 93 □ 46 △	359 ○ 158 □ 64 △
<b>elein</b>	87469 ○ 52763 □ 17774 △	Kratoch- wil	15999 ○ 7920 □ 3746 △	Burow	66633 ○ 33059 □ 16403 △	Luuka	2747 ○ 1323 □ 609 △	Bernhard	236 ○ 67 □ 32 △	74 ○ 37 □ 24 △
<b>elein</b>	98730 ○ 59294 □ 20458 △	Kratoch- wil	12431 ○ 6561 □ 2786 △	Laistner	58569 ○ 28450 □ 14335 △	Lange	10059 ○ 5029 □ 2364 △	Bernhard	349 ○ 82 □ 46 △	93 ○ 51 □ 25 △

= Stadt Aalen (ab 1976 einschl. Wasseralfingen); + = Stadt Wasseralfingen

V. Ergebnisse der Landtagswahlen 1868–1918<sup>8</sup>

Wahltag	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	Deutsche (National- liberale) Partei		Landespartei	
			Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen
8. 7. 1868	5117 □ 1133 △ 1137 +	3261 □ 818 △ 777 +	Bäuerle	456 □ 121 △ 16 +	–	–
5. 12. 1870	5092 □ 1109 △ 1149 +	2816 □ 819 △ 657 +	Oesterlein	1258 □ 601 △ 147 +	–	–
13. 12. 1876	5903 □ 1341 △ 1510 +	4390 □ 1084 △ 1086 +	–	–	–	–
20. 12. 1882	5870 □ 1390 △	2039 □ 622 △	–	–	–	–
10. 11. 1887	5995 □ 1436 △ 815 +	3491 □ 853 △ 426 +	–	–	<b>Wittich</b>	2325 □ 836 △ 357 +
9. 1. 1889	6000 □ 1477 △ 808 +	2410 □ 626 △ 392 +	–	–	<b>Wittich</b>	2310 □ 606 △ 334 +
1. 2. 1895	6201 □ 1634 △	4880 □ 1212 △	Haas	534 □ 265 △	–	–
14. 2. 1895 (Stichwahl)	6201 □ 1634 △	5283 □ 1350 △ 705 +	–	–	–	–
5. 12. 1900	6647 □ 1912 △ 893 +	5907 □ 1597 △ 799 +	–	–	–	–
5. 12. 1906	7207 □ 2302 △ 952 +	6263 □ 2011 △ 849 +	Woell- warth	657 □ 211 △ 44 +	–	–
16. 11. 1912	7635 □	6816 □	Keinath	1710 □	–	–

□ = Ergebnisse des Oberamts Aalen; △ = Ergebnisse der Stadt Aalen;  
+ = Ergebnisse der Gemeinde Wasseralfingen (1868–1876 einschließlich)

Zentrum		Deutsche Volkspartei (seit 1910 Fortschrittliche Volkspartei)		Sozialdemokratische Partei		Sonstige
Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Stimmen
-	-	<b>Mohl</b>	2786 □ 692 △ 760 +	-	-	19 □ 5 △ 1 +
-	-	<b>Mohl</b>	1443 □ 207 △ 503 +	-	-	115 □ 11 △ 7 +
engert	1976 □ 71 △ 671 +	<b>Mohl</b>	2380 □ 1002 △ 405 +	Dulk	16 □ 9 △ 7 +	18 □ 2 △ 3 +
-	-	<b>Mohl</b>	1917 □ 563 △	Dulk	97 □ 59 △	25 □
-	-	Mayer	1154 □ 17 △ 61 +	-	.	12 □ 8 +
-	-	-	-	Kloß	72 □ 19 △ 48 +	28 □ 1 △ 10 +
mbold	2346 □ 177 △	Wagner	508 □ 139 △	Agster	1490 □ 630 △	2 □ 1 △
<b>mbold</b>	2650 □ 201 △ 324 +	-	-	Agster	2633 □ 1149 △ 381 +	-
<b>mbold</b>	3243 □ 400 △ 468 +	Krafft	1766 □ 771 △ 105 +	Selmayr	896 □ 426 △ 226 +	2 □
<b>mbold</b>	3140 □ 467 △ 379 +	Storz	438 □ 324 △ 18 +	Fischer	2021 □ 1009 △ 407 +	7 □ 1 +
<b>mbold</b>	3535 □	-	-	Roßmann	1564 □	7 □

VI. Ergebnisse der Landtagswahlen 1919–1945<sup>8</sup>

Wahltag	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	NSDAP	Völk.-soz. Block (Deutsche Arbeiter- partei)	Württ. Bürgerp. Vaterl.-völk. Rechtsblock Deutschnat. Volkspartei	Bauern- und Wein- gärtner- bund
12. 1. 1919	19087 □ 6615 △ 2476 +	17887 □ 6118 △ 2299 +	–	–	782 □ 506 △ 49 +	580 □ 52 △ 31 +
6. 6. 1920	6833 △	4948 △	–	–	552 △	94 △
4. 5. 1924	21065 □ 7360 △ 2797 +	16576 □ 5634 △ 2267 +	–	559 □ 385 △ 38 +	642 □ 396 △ 51 +	1721 □ 102 △ 41 +
20. 5. 1928	21884 □ 7754 △ 2925 +	15542 □ 5597 △ 2297 +	314 □ 177 △ 26 +	–	534 □ 373 △ 42 +	1557 □ 117 △ 64 +
24. 4. 1932	23301 □ 8216 △ 3164 +	18283 □ 6801 △ 2514 +	3318 □ 1732 △ 217 +	–	529 □ 394 △ 32 +	1423 □ 118 △ 85 +

Von 1933 bis 1945 gab es keine Länderparlamente



istlich zialer sdiens	Zentrum	Deutsche Volkspartei	Deutsche Demokrat. Partei	SPD	USPD	KPD	Sonstige
-	7605 □ 1435 △ 1012 +	-	3142 □ 1521 △ 183 +	5532 □ 2503 △ 984 +	196 □ 89 △ 30 +	-	50 □ 12 △ 10 +
-	1393 △	422 △	837 △	852 △	579 △	219 △	-
-	7454 □ 1504 △ 1140 +	1000 □ 768 △ 39 +	734 □ 433 △ 96 +	2142 □ 898 △ 555 +	-	1758 □ 820 △ 233 +	566 □ 328 △ 74 +
163 □ 101 △ 12 +	6469 □ 1453 △ 1003 +	736 □ 536 △ 48 +	784 □ 512 △ 121 +	3961 □ 1664 △ 912 +	-	352 □ 190 △ 21 +	572 □ 374 △ 48 +
154 □ 138 △ 33 +	7799 □ 1966 △ 1110 +	145 □ 96 △ 13 +	381 □ 241 △ 70 +	2965 □ 1280 △ 670 +	-	1130 □ 562 △ 272 +	239 □ 174 △ 12 +

□ = Oberamt Aalen;    △ = Stadt Aalen;    + = Gemeinde Wasseralfingen

VII. Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1946<sup>10</sup>

Wahltag	Wahl- berechtigte	Gültige Stimmen	National- demokratische Partei NPD		Deutsche Gemeinschaft/Block d. Heimatvertr. u. Entrecht. DG/BHE		Christlich- Demokratische Union CDU	
			Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen
30. 6. 1946	51382 □ 11070 △ 3718 +	31844 □ 6139 △ 2675 +	–	–	–	–	<b>Walter</b>	22210 □ 2995 △ 1253 +
24. 11. 1946	53865 □ 11379 △ 3799 +	38190 □ 7246 △ 2905 +	–	–	–	–	<b>Walter</b>	25092 □ 3057 △ 1316 +
19. 11. 1950	77993 □ 15215 △ 5379 +	53008 □ 9563 △ 3963 +	–	–	<b>Tittor</b>	9282 □ 1724 △ 578 +	<b>Huber</b>	27218 □ 2866 △ 1506 +
9. 3. 1952	80087 □ 17691 △ 5821 +	58647 □ 12056 △ 4407 +	–	–	Tittor/ Grüger	8386 □ 1785 △ 469 +	<b>Huber</b>	30665 □ 4048 △ 1682 +
4. 3. 1956	82465 □ 18934 △ 5941 +	66521 □ 14171 △ 4755 +	–	–	<b>Mocker/ Bureczek</b>	8057 □ 1641 △ 491 +	<b>Huber</b>	37286 □ 5531 △ 2028 +
15. 5. 1960	89173 □ 20485 △ 6641 +	64329 □ 14281 △ 4877 +	–	–	<b>Mocker/ Czyga- nowski</b>	7453 □ 1764 △ 428 +	<b>Huber</b>	34721 □ 5328 △ 2025 +
26. 4. 1964	95412 □ 22331 △ 7459 +	75803 □ 16694 △ 5907 +	–	–	Gesamtdeutsche Partei GDP Rapf		<b>Huber</b>	1622 □ 318 △ 49 + 44392 □ 7447 △ 2579 +
28. 4. 1968	97304 □ 23092 △ 7683 +	73512 □ 15838 △ 5723 +	Friedrich	5195 □ 1469 △ 456 +	–	–	<b>Huber</b>	42509 □ 7229 △ 2653 +
23. 4. 1972	106311 □ 25016 △ 9698 +	89486 □ 19601 △ 7926 +	–	–	–	–	<b>Volz</b>	54781 □ 9702 △ 3841 +
4. 4. 1976	104860 □ 43948 △	81332 □ 31571 △	Lehner	455 □ 203 △	–	–	<b>Volz</b>	49932 □ 16166 △
16. 3. 1980	108057 □ 44165 △	81916 □ 30531 △	–	–	–	–	<b>Volz</b>	49273 □ 15497 △
25. 3. 1984	112557 □ 45698 △	82927 □ 32761 △	–	–	–	–	<b>Volz</b>	46449 □ 15282 △

□ = Wahlkreis Aalen; △ = Stadt Aalen (ab 1976 einschl. Wasserralfingen); + = Stadt Wasserralfingen

	Demokratische Partei/ emokr. Volks- rtei FDP/DVP	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	Grüne		Kommunistische Partei Deutschlands KPD		Sonstige	
	Bewerber	Bewerber	Bewerber	Stimmen	Bewerber	Stimmen	Stimmen	
irle	2861 □ 833 △ 163 +	Weiser	5241 □ 1847 △ 853 +	-	-	Schätzle	1532 □ 464 △ 406 +	-
irle	4710 □ 1294 △ 241 +	Mikeler	6561 □ 2336 △ 864 +	-	-	Schätzle	1827 □ 559 △ 484 +	-
irle	5447 □ 1573 △ 283 +	<b>Geiger</b>	9945 □ 3017 △ 1355 +	-	-	Seckler	1116 □ 383 △ 241 +	-
irle	6242 □ 1753 △ 330 +	Geiger	11558 □ 3911 △ 1540 +	-	-	Seckler	973 □ 339 △ 228 +	823 □ 220 △ 158 +
hl	6265 □ 2048 △ 333 +	Geiger	13981 □ 4672 △ 1697 +	-	-	Seckler	932 □ 279 △ 206 +	-
hl	4610 □ 1598 △ 284 +	Nann	17155 □ 5405 △ 2113 +	-	-	-	-	390 □ 186 △ 27 +
lz	6379 □ 1781 △ 499 +	<b>Hasen- öhrl</b>	22658 □ 6896 △ 2673 +	-	-	Deutsche Friedensunion DFU		
						Berroth	487 □ 163 △ 45 +	265 □ 89 △ 62 +
lz	7056 □ 2013 △ 434 +	Geisel	17836 □ 4821 △ 2048 +	-	-	Demokratische Linke DL		
						Bauder	694 □ 256 △ 79 +	222 □ 50 △ 53 +
ertin	4729 □ 1581 △ 366 +	<b>Geisel</b>	29680 □ 8237 △ 3689 +	-	-	Deutsche Kommun. Partei DKP		
						Springer	296 □ 81 △ 30 +	-
in	2925 □ 1274 △	<b>Geisel</b>	23324 □ 11211 △	-	-	Springer	185 □ 88 △	4511 □ (Palmer) 2629 △
in	4159 □ 1737 △	<b>Geisel</b>	25473 □ 12091 △	Fleischer	2877 □ 1149 △	Püschel	134 □ 57 △	-
tzel	4712 □ 2344 △	<b>Geisel</b>	26824 □ 12886 △	Fleischer	4796 □ 2191 △	Püschel	146 □ 58 △	-

## VIII. Ergebnisse der Reichspräsidentenwahlen<sup>11</sup>

Wahltag	Wahlberechtigte	Gültige Stimmen	Ludendorff (NSDAP)	Jarres (Reichsblock)	Held (Bayer. Volkspartei)	Marx (Zentrum)	Hellpach (DDP)	Braun (SPD)	Thälmann (KPD)	Sonstige
29. 3. 1925	20998 □	13441 □	92 □	3109 □	72 □	6549 □	920 □	2399 □	285 □	15 □
	7382 △	5160 △	45 △	1589 △	26 △	1550 △	641 △	1142 △	161 △	6 △
	2752 +	1824 +	17 +	176 +	7 +	1023 +	72 +	494 +	31 +	4 +

			Hindenburg (Reichsblock)	Marx (Volksblock: Zentrum, DDP, SPD)	Thälmann (KPD)	Sonstige
28. 4. 1925	21083 □	16019 □	5063 □	10602 □	351 □	3 □
	7412 △	5711 △	2574 △	2938 △	197 △	2 △
	2775 +	2123 +	293 +	1797 +	33 +	

			Hitler (NSDAP)	Düsterberg (Deutschnational)	Hindenburg (Christl. Volksdienst, Zentrum, DVP, DDP, SPD)	Thälmann (KPD)	Winter	Sonstige
13. 3. 1932	23150 □	19736 □	3486 □	749 □	14040 □	1426 □	34 □	1 □
	8185 △	7367 △	1619 △	261 △	4848 △	628 △	11 △	
	3129 +	2699 +	224 +	30 +	2136 +	307 +	2 +	
10. 4. 1932	23184 □	19614 □	3923 □	–	14700 □	990 □	–	1 □
	8191 △	7208 △	1812 △		4956 △	440 △		
	3099 +	2663 +	234 +		2177 +	252 +		

□ = Oberamt Aalen; △ = Stadt Aalen; + = Gemeinde Wasseralfingen

## E. Listen der Abgeordneten

Zeit	Name	Partei
------	------	--------

### I. Abgeordnete zur Frankfurter Nationalversammlung (1848) und zum Zollparlament (1868)

1848/49	Frankfurter Nationalversammlung: Mohl, Moritz, Obersteuerrat, Stuttgart (Stellvertreter: Bauer, Hermann, Diakon, Aalen)	liberal (großdeutsch)
---------	--	--------------------------

Zeit	Name	Partei
1868/70	Zollparlament: Mohl, Moritz, Obersteuerrat, Stuttgart	Deutsche Volkspartei

II. Reichstagsabgeordnete des 13. Wahlkreises  
(Oberämter Aalen, Ellwangen, Gaildorf und Neresheim)

1871	Streich, Karl, Kreisgerichtsrat, Ellwangen	Zentrum
1871–1874	Mohl, Moritz, Obersteuerrat, Stuttgart	Deutsche Volkspartei
1874–1877	Bayhammer, Johann Leonhard, Stadtschultheiß, Ellwangen	Zentrum
1877–1881	Leonhard, Franz Xaver, Gymnasialrektor, Ellwangen	Zentrum
1881–1893	Graf Adelman von Adelmansfelden, Heinrich, Gutsbesitzer, Hohenstadt	Zentrum
1893–1898	Wengert, Joseph, Pfarrer, Dirgenheim	Zentrum
1898–1907	Hofmann, Theodor, Pfarrer, Urlau	Zentrum
1907–1912	Schneider, Fridolin, Professor, Ellwangen	Zentrum
1912–1918	Bolz, Eugen, Gerichtsassessor, Rottenburg	Zentrum

Zeit	Name	Partei
------	------	--------

III. *Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises 174 Aalen–Schwäbisch Gmünd bzw. Aalen–Heidenheim (ab 1965)*

Direktmandate:

1949–1965	Dr. Vogel, Rudolf, Legationsrat, Aalen	Christlich- Demokratische Union (CDU)
seit 1965	Dr. Abelein, Manfred, Professor, Ellwangen	CDU

Über die Landesliste gewählt:

1953–1965	Dr. Bucher, Ewald, Rechtsanwalt, Schwäbisch Gmünd	Freie Demokratische Partei (FDP)
1957–1961	Geiger, Hans, Gewerkschaftssekretär, Aalen	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
1972–1976	Dr. Haenschke, Frank, Professor, Aalen	SPD
seit 1985	Lange, Torsten, Realschullehrer, Schwäbisch Gmünd	Die Grünen

IV. *Landtagsabgeordnete des Bezirks bzw. Wahlkreises Aalen*

1868–1887	Mohl, Moritz, Obersteuerrat, Stuttgart	Deutsche Volkspartei
1887–1895	Wittich, Hermann, Oberamtmann, Rottenburg	Landespartei
1895–1918	Rembold, Viktor, Rechtsanwalt, Schwäbisch Hall	Zentrum

Zeit	Name	Partei
1946	Walter, Felix, Ministerialrat, Stuttgart	Christlich- Demokratische Union (CDU)
	Kauffmann, Gustav, Prokurist, Aalen	CDU
1946–1950	Walter, Felix, Ministerialrat, Stuttgart (bis 1949)	CDU
	Harsch, Gregor, Maurer, Wasseralfingen (ab 1949)	CDU
	Schröppel, Karl, Landwirt, Schweindorf	CDU
1950–1952	Dr. Huber, Anton, Landrat, Aalen	CDU
	Humpf, Josef, Bauer, Ruital	CDU
	Geiger, Hans, Gewerkschaftssekretär, Aalen	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
	Tittor, Walther, Ingenieur, Aalen	Deutsche Gemein- schaft/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (DG/BHE)
1952–1956	Dr. Huber, Anton, Landrat, Aalen	CDU
	Dr. Mocker, Karl, Rechtsanwalt, Schwäbisch Gmünd (ab 1953)	BHE
1956–1960	Dr. Huber, Anton, Landrat, Aalen	CDU
	Dr. Mocker, Karl, Rechtsanwalt, Schwäbisch Gmünd	BHE

Zeit	Name	Partei
1960–1964	Dr. Huber, Anton, Landrat, Aalen	CDU
	Dr. Mocker, Karl, Rechtsanwalt, Schwäbisch Gmünd (ab 1963)	BHE
1964–1968	Dr. Huber, Anton, Landrat, Aalen	CDU
	Hasenöhr, Adolf, Oberregierungsrat, Stuttgart (bis 1967)	SPD
	Dr. Kellner, Herbert, Rechtsanwalt, Bopfingen (ab 1967)	SPD
1968–1972	Dr. Huber, Anton, Landrat, Aalen	CDU
seit 1972	Dr. Volz, Eugen, Staatssekretär, Ellwangen	CDU
	Dr. Geisel, Alfred, Staatsanwalt bzw. Landtagsvizepräsident, Ellwangen	SPD

*Anmerkungen:*

- 1 Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bände 1–25, Mannheim 1971–1979, mit Nachträgen, Mannheim 1984
- 2 Der Bote von Aalen, Oberamts- und Intelligenz-Blatt für die Stadt und den Bezirk Aalen, 1848 Nr. 31
- 3 Aalen im Jahr 1848/49, hg. vom Bezirksvolksverein Aalen, Aalen 1898, S. 24
- 4 Desgl., S. 28;  
Der Bote von Aalen, a.a.O.
- 5 Karlheinz Bauer, Geschichte der Stadt Geislingen an der Steige, Bd. 2, Geislingen o. J. (1975), S. 52 ff., 519
- 6 Der Bote von Aalen, a.a.O., 1848;  
Aalen im Jahr 1848/49, a.a.O., S. 24, 25, 28, 38;  
K. K. Meck, Die Industrie- und Oberamtsstadt Heidenheim, 2. Teil, Heidenheim 1910, S. 100;  
Thilo Schnurre, Die württembergischen Abgeordneten in der konstituierenden deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, in: Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte, Stuttgart 1912, S. 114, 115
- 7 Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamts-Bezirk Aalen und Umgegend, 1868
- 8 Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamts-Bezirk Aalen und Umgegend bzw. Kocher-Zeitung, Bände der jeweiligen Wahljahre
- 9 Schwäbische Post bzw. Aalener Volkszeitung, Bände der jeweiligen Wahljahre
- 10 Amtsblatt für den Landkreis Aalen, 1946;  
Schwäbische Post bzw. Aalener Volkszeitung, Bände der jeweiligen Wahljahre
- 11 Kocher-Zeitung, Bände der jeweiligen Wahljahre